

## 16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Inhaltsprotokoll

### Ausschuss für Sport

36. Sitzung  
26. März 2009

**Gemeinsam mit dem  
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport des  
Landtags Brandenburg**  
4. Wahlperiode, 55. Sitzung

Beginn: 13.04 Uhr  
Ende: 15.08 Uhr  
Vorsitz: Karin Seidel-Kalmutzki (SPD), MdA, gemeinsam mit  
Ingo Senftleben (CDU), MdL

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki** begrüßt den **Vorsitzenden** des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, **Ingo Senftleben**, und die Mitglieder des brandenburgischen Ausschusses sowie den **Minister Holger Rupprecht** (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport), vom Landessportbund Brandenburg den **Präsidenten Hans-Dietrich Fiebig** und den **Geschäftsführer Sport, Günther Staffa**. – Weiterhin werden **Senator Dr. Ehrhart Körting** (SenInnSport), **Staatssekretär Thomas Härtel** (SenInnSport), die **Vizepräsidentin** des Landessportbundes Berlin (LSB), **Gabriele Wrede** und der **Direktor** des LSB, **Norbert Skowronek**, willkommen geheißen.

**Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki** erläutert, dass es im Abgeordnetenhaus seit der 15. Legislaturperiode einen eigenständigen Ausschuss für Sport gebe und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Brandenburger Kolleginnen und Kollegen Gäste der Leichtathletik-WM in Berlin sein würden.

**Vorsitzender Ingo Senftleben** bedankt sich für die Einladung zur gemeinsamen Sitzung. – Aufgrund der Ausrichtung des Brandenburgischen Ausschusses – Bildung, Jugend und Sport – stehe das Thema Sport zwar nicht immer auf der Agenda, werde jedoch deshalb nicht weniger intensiv bearbeitet. Der Kontakt mit den Sportverbänden im Land Brandenburg sei eng. In Zusammenarbeit mit ihnen sei vor allem bei der Sportförderung eine gute Basis gefunden worden.

**Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki** stellt fest, dass es bezüglich der vorliegenden Tagesordnung keine Änderungswünsche gebe.

## Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Keine Wortmeldungen.

## Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung über  
Entwicklung des Breitensports

**Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki** weist darauf hin, dass das Thema auf Vorschlag des brandenburgischen Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport auf die Tagesordnung gesetzt worden sei.

**Minister Holger Rupprecht** (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) führt als Eingangsbemerkung aus, dass 306 000 Sportlerinnen und Sportler seit 2008 organisierten Sport in den Vereinen des Landessportbundes Brandenburg betrieben. Diese Entwicklung sei, absolut gesehen, positiv zu bewerten, da ansonsten die Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg stark rückläufig sei. Im Vergleich mit anderen Bundesländern müsse die genannte Zahl jedoch kritisch gesehen werden, Brandenburg befinde sich dabei auf dem letzten Ranking-Platz Nr. 16. – Um den Organisationsgrad zu erhöhen, seien bestimmte Zielgruppen avisiert, z. B. Seniorinnen und Senioren oder Mädchen und Frauen. In diesem Jahr würden etliche Fachtagungen zu diesem Thema abgehalten werden.

**Senator Dr. Ehrhart Körting** (SenInnSport) bezieht sich eingangs auf eine Aussage der **Vizepräsidentin** des Landessportbundes Berlin (LSB), **Gabriele Wrede**, die in einem Artikel die Frage, ob der Breiten- und Freizeitsport in Berlin auf dem Abstieg sei, mit einem Nein beantwortet habe.

In Berlin betrieben rund 556 000 Mitglieder organisierten Sport in Vereinen. Grundsätzlich sei diese Zahl begrüßenswert. Andererseits komme auf den Sport in Berlin in bestimmten Bereichen eine kritische Entwicklung zu: Durch die neue Schulstruktur mit der Ausweitung des Ganztagsunterrichts steige die schulische Belastung der Kinder und Jugendlichen. Das werde sich zulasten des in der Regel am Nachmittag stattfindenden sportlichen Engagements auswirken. Deshalb werde gemeinsam mit der zuständigen Senatsverwaltung über eine Verzahnung des Nachmittagsprogramms der Ganztagschulen mit dem Sport nachzudenken und entsprechende Konzepte zu entwickeln sein. Ansonsten sei bei einem regulären Schulbesuch bis 16.00 oder 17.00 Uhr vorhersehbar, dass die Kinder und Jugendlichen für Aktivitäten außerhalb dieser Zeit nur noch begrenzt zur Verfügung stünden.

In Berlin sei eine Sportstudie zum Breitensportverhalten erstellt worden. Sie habe unter anderem ein unterschiedliches Sportverhalten in der Stadt aufgezeigt. Absolut gesehen betrieben sehr viele Menschen in Berlin Sport, er finde jedoch nur zu einem Teil in den Sportvereinen statt. In einem nicht unerheblichen Maß werde er in Sportstudios betrieben. In beträchtlichem Umfang werde Freizeitsport wie Nordic Walking, Skating, Radfahren oder Jogging betrieben, der weder kommerziell noch durch Sportvereine organisiert sei. Unter dem Gesundheitsaspekt sei das an sich eine positive Entwicklung und könne deshalb nicht als Konkurrenz zum organisierten Sport verurteilt werden. Dennoch stelle sich die Frage, wie der Breitensport in den Vereinen gefördert werden könne. Bekanntermaßen werde der Sport mit Lottomitteln gefördert. Dabei zeichne sich – ähnlich wie in Brandenburg – ein erheblicher Rückgang der Lottoeinnahmen ab. Damit brächen zahlreiche, bisher finanzierte Maßnahmen weg. Eine ebenfalls negative Entwicklung sei für das Glücksspiel zu konstatieren. Hier gingen die Einnahmen gegen Null. Generell sei es für das Jahr 2009 gelungen, die fehlenden Mittel bereitzustellen. Für die Haushaltsplananmeldung 2010/11 sei Vorsorge getroffen worden: Die nicht mehr vorhandenen Lottomittel sollten durch den Haushalt aufgefangen werden. Angesichts dieser Situation werde deutlich, dass in den kommenden Jahren eine intensive Finanzplanung erfolgen müsse, wenn der Breitensport durch die Vereine weiter gefördert werden solle.

**Norbert Skowronek** (Direktor des Landessportbundes Berlin) führt zunächst in die Entwicklung der Berliner Vereinslandschaft als einem Teil des städtischen Sportangebots ein.

Das Endergebnis der zum 31. Dezember 2008 durchgeführten Erhebung zeige, dass im Schnitt jeder sechste Berliner Mitglied in einem Sportverein sei, was einem Prozentsatz von 16,5 an der Gesamtbevölkerung entspreche. Die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr betrage 1,3 Prozent. – Bekanntermaßen sei 2008 das Thema „Frauen im Sport“ als einer der Schwerpunkte in einer über drei Jahre laufenden Aktion gesetzt worden. Das habe sich als ausgesprochen erfolgreich erwiesen. Aus der Statistik sei zu entnehmen, dass im Jahr 2008 mehr als die Hälfte der über 7 000 Neuzugänge Frauen seien, während im Jahr davor die Zahl bei knapp 400 neuen weiblichen Mitgliedern gelegen habe. Neben dieser Zielgruppe seien die Bereiche Senioren und Kinder unter sechs Jahren ein wesentlicher Bestandteil.

Bereits seit 40 Jahren stehe Bewegungserziehung im Vorschulalter auf der politischen Agenda des LSB. Das habe sich in der Bildung einer eigenen Kindergartenbetriebsgesellschaft widerspiegelt. Unter dem Begriff „Kleine kommen ganz groß raus“ seien die Kooperationen zwischen Vereinen und Kindertagesstätten stark gefördert worden. Ergebnis der Aktion sei, dass 14 Prozent aller Kinder unter sechs Jahren in der Regel generationsübergreifend in einem Betreuungsangebot eines Sportvereins betreut würden. Die Nachfrage bestehe nach wie vor, die Zahl der teilnehmenden Kinder steige jährlich.

Ebenfalls sehr starke Zuwächse seien im Bereich der Senioren zu verzeichnen. Die Statistik weise aus, dass Berlin absolut gesehen eine steigende Zahl von Senioren über 60 Jahren aufweise. Bei ihnen betrage der Anteil der organisiert sporttreibenden 15 Prozent der Bevölkerung.

Insgesamt verzeichneten die Berliner Sportvereine 556 000 Mitglieder. Grundsätzlich sei festzustellen, dass sich zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung der Organisationsgrad der alten und neuen Bundesländer noch immer stark unterscheide. So habe Berlin das Handicap, dass der Organisationsgrad in den „neuen“ Bezirken der Stadt deutlich hinter dem der „alten“ Bezirke zurückbleibe. – Im Bereich des Hochleistungssports habe Berlin einen Spitzenplatz inne, nehme jedoch im Bereich des Breitensports bei 15 bewerteten deutschen Großstädten nur Platz 13 – vor Leipzig und Dresden – ein. In einer 1990 mit dem Deutschen Turn- und Sportbund der DDR und dem Bezirk Berlin erfolgten Abgleichung der Statistiken sei damals festgestellt worden, dass ein Organisationsgrad in Höhe von rund 6 Prozent vorliege. Der heute zu konstatierende Wert von rund 11 Prozent stelle zwar absolut gesehen eine Verbesserung dar, relativ betrachtet treffe das nicht zu, da im Westteil ca. 22 Prozent zu verzeichnen seien. Mit entsprechenden Förderprogrammen werde an einer weiteren Optimierung gearbeitet. Angesichts der heutigen Werte müsse davon ausgegangen werden, dass dieser Unterschied nicht, wie prognostiziert, in einer Generation, sondern wohl eher in zwei Generationen aufgehoben sein werde.

Finanzierung und Innovation seien wichtige Faktoren für die Angebote des Breitensports. Der LSB bemühe sich deshalb mit unterschiedlichen Partnern – auch aus der Wirtschaft – darum, sogenannte Innovationswettbewerbe durchzuführen. Dazu gehörten z. B. auch die „Sterne des Sports“ mit der Berliner Volksbank.

Hinsichtlich der Sportstätten müsse darüber nachgedacht werden, inwieweit Vereine stärkere Eigenverantwortung beim Betreiben von Sportstätten übernehmen könnten. Dabei sei die Hilfe der öffentlichen Hand ebenso wie die Eigeninitiative vonnöten. In diesem Bereich sei noch einiges zu tun.

**Gabriele Wrede** (Vizepräsidentin des Landessportbundes Berlin) betont, dass die Stärken des Breitensports im Bereich des Seniorensports lägen, ähnlich wie es in Brandenburg der Fall sei. Der LSB habe dafür entsprechende Kiez-Programme entwickelt bzw. Projekte aufgelegt, die vor allem in den „neuen“ Berliner Bezirken Mitgliederwerbung betreiben sollten. „Sport vor Ort“ sei eine derartige Kampagne, bei der große Wohnungsbaugesellschaften leerstehende, geeignete Räume für den Senioren-Sport zur Verfügung stellten. Das Projekt sei sehr erfolgreich. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Landes-Seniorenbeirat und dem Arbeitskreis Berliner Senioren werde praktiziert.

Der ebenfalls für die Verbreitung des Breitensports sich eignende Gesundheitsbereich sei eng mit dem Seniorenbereich verknüpft. „Senioren und Gesundheit“ sei ein Angebot, das durch Projekte realisiert werde. Z. B.

würden Mediziner Infoveranstaltungen, in deren Mittelpunkt das gezielte sportlich-medizinische Training einzelner Körperpartien stehe, durchführen. Diese Veranstaltungen fänden in Kooperation mit dem Evangelischen Geriatrie-Zentrum in Berlin und dem Arbeitskreis Berliner Senioren statt.

In 21 von der Sportjugend betreuten Berliner Kindertagesstätten in 7 Bezirken würden die Kinder an den Sport herangeführt. Das Förderprogramm „Kids in die Sportclubs“ sei sehr gut angelaufen. Kindern aus sozial schwächeren Familien werde Sport im Verein angeboten, um sie so von der Straße holen zu können.

Das Qualitätssiegel „Sport pro Gesundheit“ sei vom DOSB zusammen mit der Bundesärztekammer entwickelt worden. Die Vereine und ihre Übungsleiter könnten das Zertifikat erwerben. Für die Interessenten an dem Präventionsprogramm stellten die Angebote eine verlässliche Größe dar. Zurzeit gebe es 348 zertifizierte Angebote.

**Hans-Dietrich Fiebig** (Präsident des Landessportbundes Brandenburg) unterstreicht die außerordentlich erfolgreiche Entwicklung des Breitensports in Brandenburg. Gemeinsam mit allen Verantwortlichen sei eine Modifizierung des Sportfördergesetzes erarbeitet worden, die einen gesicherten Haushaltsplan bis zum Jahr 2012 garantiere.

Am 14. März 2009 sei eine Sportentwicklungskonferenz durchgeführt worden, auf der sich die Mitglieder wie auch die Partner des Landessportbundes darauf geeinigt hätten, dass die Mitgliederentwicklung oberste Priorität habe. In diesem Zusammenhang sei festgestellt worden, dass es im Vergleich zu den alten Bundesländern einen deutlichen Unterschied in der Beziehung zum Sportverein gebe und Traditionen existierten, die in dieser Art in den neuen Bundesländern nicht hätten wachsen können. Fördermitglieder oder Mitglieder, die aus Verbundenheit oder gesellschaftlichen Gründen einem Verein angehörten, gebe es kaum. Deshalb seien die in der Brandenburger Statistik nachgewiesenen 306 000 Mitglieder aktive Sportlerinnen und Sportler, Übungsleiterinnen und -leiter, Trainerinnen und Trainer.

Schwerpunkte seien die Konzentration auf die Sportstättenentwicklung – hier besonders im ländlichen Raum – und die Aus- und Fortbildung. Aufgrund der mittlerweile verbreiteten Erkenntnis, dass ein Verein den heutigen Ansprüchen nicht mehr allein mit ehrenamtlichem Engagement begegnen könne, bemühten sich die Kreis- und Stadtsportbünde wie auch die Großvereine intensiv um hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei würden die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten je nach Bedarf ausgeschöpft. In den Landesverbänden sei die Entwicklung noch nicht so stark vorangeschritten.

Ein weiterer Schwerpunkt sei die Entwicklung der Politikfähigkeit der Vereine: Wie entwickle sich das Verhältnis Kommune/Sportverein. In der Regel bestünden die Brandenburger Vereine aus max. 50 Mitgliedern, nur der kleinere Teil seien größere Vereine. Auf dem Land sei der Sportverein mitunter das Zentrum des gesellschaftlichen Lebens des Dorfes oder der Kleinstadt. Umso wichtiger sei es deshalb, dessen Politikfähigkeit zu stärken.

Die Zusammenarbeit zwischen den Landessportbünden sei erfolgreich. Zahlreiche gemeinsame Sitzungen unterschiedlicher Gremien auf verschiedenen Ebenen sicherten den Austausch. So kämen u. a. die Landesausschüsse Breitensport und Sportentwicklung zu regelmäßigen Treffen zusammen, jährlich werde ein Erlebnistag Wandern organisiert, die „Sterne des Sports“ der Berliner Volksbank würden durchgeführt, beim Festival des Sports existiere eine gute Zusammenarbeit, die 7. Seniorensportspiele des Landes Brandenburg fänden unter Beteiligung der Berliner statt. –Der Landessportbund Brandenburg sei nicht nur im Rahmen der Konferenzen der Landessportbünde aktiver Partner des DOSB, sondern auch darüber hinaus. – Eine Europäische Sportakademie sei gegründet worden. Der Landessportbund Brandenburg bewege sich im grenznahen Raum der EU. Mit Polen, Dänemark, Schweden gebe es Kooperationen und Absprachen.

Der Sport für Kinder bis sechs Jahre bereite keine Sorgen. Gleiches gelte für den Bereich bis 14 Jahre. Auch der Landessportbund Brandenburg betreibe eigene Kindergärten. Ein Entwicklungsschwachpunkt sei der Bereich Sport für Jugendliche ab 18 Jahren bzw. Erwachsene bis Ende 40. Eine Erklärung sei sicherlich, dass in der Lebenszeit von 18 bis 40 Jahren Ausbildung, Berufseinstieg und Karriere wie Familie an erster Stelle

stunden. Selbstkritisch müsse jedoch auch festgestellt werden, dass der Landessportbund mit seinen Angeboten zu schwach für diese Altersgruppen sei. Der Seniorensport hingegen sei gut entwickelt.

Zum Schluss noch ein – nicht ganz ernst zu nehmender – Vorschlag für die Zukunft: Der Landessportbund Brandenburg ändert seine Satzung und nimmt die große kreisfreie Stadt Berlin als Mitglied auf.

**Günther Staffa** (Geschäftsführer Sport) weist darauf hin, dass sich im Dezember 2009 das Datum des ersten Arbeitskontakts der beiden Landessportbünde zum zwanzigsten Mal jähre.

Die Sportfördersysteme im Land Brandenburg seien darauf ausgerichtet, dass die genannten Zielgruppen – Senioren, Mädchen und Frauen, Kita und Verein, Schule und Verein – wesentlich mitunterstützt würden. Der Bereich Sport in Schule und Verein werde in Brandenburg kontrovers diskutiert, weil der Landessportbund seine Anteile an dem Projekt reduziert habe. Neuerdings würden z. B. auch Trainer und Trainerinnen in der ersten Förderphase, d. h. ab der vierten Klasse, in großem Umfang finanziert. Um den Nachwuchs fördern zu können, werde gezielt Personal in das Projekt hineingegeben.

Für die in Brandenburg vorhandenen 19 Vereine mit mehr als tausend Mitgliedern gebe es eine besondere Förderung. Für satzungsgemäße Zwecke würden den Großvereinen Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen die Personalausstattung mitfinanziert werden könne. Zum Teil sei bereits jetzt deren Struktur stärker ausgeprägt als in einigen Kreis- und Stadtsportbünden.

Die Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam sei aufgrund auch der räumlichen Nähe eng und erfolgreich. Gemeinsam mit ihr werde zurzeit eine Studie mit dem Namen „Emotikon“ erarbeitet. Sie habe drei Aufgaben: Ermittlung von Mängeln im Sportunterricht für Kinder mit Bewegungsdefiziten; Analyse des Sportunterrichts; Talentdiagnose. Im Endeffekt solle die Studie das Rüstzeug bereitlegen, um die Kinder in der genannten schwierigen Alterklasse für die Teilnahme am Sportunterricht zu interessieren. – Weiterhin sei eine Analyse zum Thema Sport und Ganztagsunterricht in der Bearbeitung. Sie solle die zum Teil populistischen Auseinandersetzungen vermeiden helfen und dem Landessportbund wissenschaftlich fundierte Argumentationshilfen liefern. Letztlich solle daraus ein klares Handlungsschema für die Vereine entstehen.

Die größten Mitgliederzuwächse gebe es im Bereich Sport und Gesundheit. Vereine, die sich den Bereichen Rehabilitation und Prävention zugewandt hätten, wüchsen am stärksten. Der Landessportbund werde sich auch künftig diesem Thema in besonderem Maß widmen.

**Carola Hartfelder** (CDU) interessiert, ob es zwischen dem Berliner und dem Brandenburger Landessportbund bei der Arbeit im Behindertensport Berührungspunkte gebe, die über den Seniorensport hinausgingen. – In Oranienburg finde in der Zeit vom 17. bis zum 19. Juli 2009 das Landesturnfest Brandenburg statt. Dazu ergehe eine herzliche Einladung. Gleiches gelte für die in der Zeit vom 25. bis zum 28. Juni 2009 auf dem Beetzsee in Brandenburg stattfindende Kanu-EM.

**Markus Pauzenberger** (SPD) erkundigt sich, wer in Brandenburg die Nutzung der Sportstätten und -hallen regle.

**Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki** weist darauf hin, dass unter dem folgenden Tagesordnungspunkt 3 über die Situation der Sportstätten debattiert werde, die Frage besser in diesem Zusammenhang gestellt werden solle.

**Hans-Dietrich Fiebig** (Präsident des Landessportbundes Brandenburg) führt aus, dass grundsätzlich die Kommunen über die Nutzung der Sportstätten entschieden. Der Landessportbund erwarte vom Grundsatz her, dass sie mindestens für den Kinder- und Jugendsport kostenfrei zur Verfügung gestellt würden. Die Wirklichkeit sehe differenzierter aus. Etliche Kommunen, die Gebühren erheben, gäben diese Mittel wieder in die Sportförderung zurück.

**Norbert Skowronek** (Direktor des Landessportbundes Berlin) antwortet zum Thema Behindertensport. In Berlin sei der Behindertensport-Verband zugleich der Verband für den Rehabilitationssport. Zusätzlich gebe

es mit der Berliner Gesellschaft für Prävention und Rehabilitation von Herz-Kreislaufkrankungen (BGPR) eine weitere Organisation, die sich mit dem Rehabilitationssport beschäftigt. Sie existiere in allen Bundesländern, sei jedoch nicht in allen Mitglied der jeweiligen Landessportbünde.

Durch die Vereinbarung mit dem Behindertensport-Verband gebe es etwa 430 regelmäßige Rehabilitations-sportangebote sowie 450 Herzsportgruppen, die zu einem Teil vom Behindertensport-Verband, zum überwiegenden Teil jedoch von der BGPR betreut würden.

Insgesamt sei die Entwicklung im Rehabilitationssport sprunghaft. In den statistischen Vergleichen der letzten 10 Jahre – 2008 zu 1998 – sei die Zahl der organisierten Mitglieder im Behindertensport-Verband um 351 Prozent gestiegen. Das sei eine extreme Steigerung. Mittlerweile habe der Verband weit über 21 000 Mitglieder. Im Vergleich dazu weise die in der Statistik folgende Zahl, der Bereich Turnen bzw. Judo, eine Steigerungsrate in Höhe von knapp 40 Prozent in zehn Jahren auf.

Die von **Hans-Dietrich Fiebig** (Präsident des Landessportbundes Brandenburg) beschriebene Vorstellung von der kreisfreien Stadt Berlin als Mitglied des Landessportbundes Brandenburg sei nicht ganz ungefährlich: Angesichts der unterschiedlichen Mitgliederzahlen der Landessportbünde Brandenburg und Berlin würde das eine Majorisierung bedeuten. Ob das die Brandenburger mögen würden, sei fraglich.

**Mieke Senftleben** (FDP) stellt die Frage, ob es in Brandenburg Schlüsselverträge gebe und ob es in Berlin in der Angelegenheit Fortschritte gebe. – Funktioniere in Brandenburg die Kooperation zwischen Grundschule und Sportverein?

**Dr. Gabriele Hiller** (Linksfraktion) bittet um Aufklärung, ob in Brandenburg die Gemeinden in der Lage seien, den Unterhalt einer nicht mehr als Schulsporthalle genutzten Halle zu finanzieren. Gelingen es den Gemeinden, eine ganztägige Nutzung zu realisieren?

**Norbert Skowronek** (Direktor des Landessportbundes Berlin) erwidert zum Thema Schlüsselverträge, dass ihre Anzahl bei etwas über 1 000 Verträgen für Schulsporthallen liege. Bei den großen Schlüsselverträgen, bei denen ganze Sportanlagen übernommen worden seien, betrage ihre Anzahl etwas mehr als 50. Der Senat habe ausgerechnet, dass sich die dadurch jährlich erzielten Einsparungen bei den Personalkosten auf etwas über 4 Mio. Euro beliefen.

Nach den aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamts gingen die Schülerzahlen in den Altersgruppen unter sieben Jahren nicht zurück, sondern stiegen an. Es gebe 4 000 und mehr Kinder im Alter von 0 bis sechs Jahren, im Alter von sieben bis 14 Jahren etwas über 1 000 mehr. Die Entwicklung werde auch in den Jugendbereich hineinreichen. Im Bereich 14 bis 18 Jahre seien die Zahlen in den nächsten Jahren tatsächlich sinkend.

**Hans-Dietrich Fiebig** (Präsident des Landessportbundes Brandenburg) berichtet zu den Schlüsselverträgen, dass es sich dabei um ein Grundprinzip in Zusammenarbeit und Entlastung der Kommunen handele. Probleme damit seien nicht bekannt. – Im Bereich Schule und Verein existierten in der Regel in jedem Kreis Vereinbarungen, die Zusammenarbeit sei gut. Unbefriedigend sei nur, dass sich daraus keine weiteren Vereinsmitgliedschaften ergäben.

Hallenschließungen stellten in Brandenburg in Folge der zurückgehenden Schülerzahlen ein Problem dar. Mehrheitlich werde ein gutes, gemeinsames Vorgehen mit dem Schulträger, dem Verein und der Gemeinde praktiziert. Erfreulicherweise träten sehr viele Vereine in die Trägerschaft von Sportstätten ein und bewirten sie eigenverantwortlich.

**Mieke Senftleben** (FDP) fragt nach, ob sie richtig verstanden habe, dass es in Brandenburg üblich sei, dass die Schlüsselverträge für alle Vereine gälten. – Die genannte Zahl von 1 000 Schlüsselverträgen sei beeindruckend, dennoch interessiere, ob ihre Anzahl noch gesteigert werden könne.

**Norbert Skowronek** (Direktor des Landessportbundes Berlin) bejaht die Frage. Allerdings sei für bestimmte Bezirke festgestellt worden, dass es von deren Seite keine Handlungsbereitschaft gegeben habe. Die Probleme lägen nicht bei den Vereinen. Erfreulicherweise verändere sich die Haltung der Bezirke angesichts des wachsenden Drucks bei knappen Haushaltsmitteln.

**Hans-Dietrich Fiebig** (Präsident des Landessportbundes Brandenburg) führt aus, dass Schlüsselverträge zwischen Kommune, Schulträger und Verein in sehr unterschiedlicher Art und Weise entstünden. In der Regel würden die Sportstätten während des Schulunterrichts vonseiten der Kommune oder des Schulträgers bewirtschaftet. Die Vereine seien für die nachfolgende Zeitspanne verantwortlich.

**Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki** sieht keine weiteren Wortmeldungen und erklärt den Besprechungspunkt für erledigt.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung über  
Situation der Sportstätten und deren Entwicklung

**Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki** stellt fest, dass eine Begründung nicht gewünscht sei.

**Minister Holger Rupprecht** (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) weist darauf hin, dass die letzte Erhebung zur Zahl der Sportstätten im Land Brandenburg im Jahr 2000 stattgefunden habe. Damals habe es 4 500 Sportanlagen gegeben, von denen etwa 65 Prozent durch die Kommunen betrieben worden seien. Heute müsse – wie übrigens auch schon im Jahr 2000 – vor allem bei ungedeckten Sportstätten ein erheblicher Sanierungsbedarf konstatiert werden. Das Land Brandenburg sehe die Behebung als prioritär an. Allerdings setze der enge Haushalt Grenzen.

In den vergangenen Jahren habe es unterschiedliche Förderprogramme gegeben, u. a. den „Goldenen Plan Ost“, der bedauerlicherweise auslaufe. In Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium, dem Bildungs- und Sportministerium und dem Landessportbund sei ein neues Programm, der „Goldene Plan Brandenburg“, aufgesetzt worden, durch das jährlich rund 2 Mio. Euro in Sportstätten in ländlichen Räumen flössen. Antragsteller könnten nur Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern sein.

Der „Goldene Plan Ost“ sei seiner – Redner – Einschätzung nach vorbildlich umgesetzt worden. Brandenburg habe sich dafür entschieden, möglichst viele kleine Objekte und keine sogenannten Prestigeobjekte zu fördern. Speziell im ländlichen Raum sei es mit der Initiative der Vereine gelungen, ein Fördervolumen in Höhe von insgesamt über 55 Mio. Euro in entsprechende Maßnahmen zu investieren. Die Vereine seien mit mehr als der Hälfte selbstbeteiligt gewesen.

Neben dem vereinseigenen Sportstättenbau gebe es die sogenannten überregional bedeutenden Sportstätten. Sie konzentrierten sich an den drei Standorten des Olympia-Stützpunkts Brandenburg, in Potsdam, Frankfurt und in Cottbus. Dabei liege eine Mischfinanzierung, Bund/Land vor. Für eine weitere Verbesserung, speziell für Maßnahmen, die mit den Eliteschulen des Sports zusammenhingen, sei der Einsatz von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II geplant. – Die Sportstättensituation an den Olympiastützpunkten werde weiter verbessert. Erfreulicherweise sei es gelungen, aus dem Konjunkturpaket II Mittel für den Schulsport zu nutzen.

**Senator Dr. Ehrhart Körting** (SenInnSport) trägt vor, dass Berlin über sehr viele Sportanlagen verfüge, davon bedauerlicherweise etliche, die sich in keinem ausgezeichneten Zustand befänden. Hinsichtlich der Sportstätten für herausragende Wettkämpfe und Veranstaltungen sei Berlin deutschlandweit nahezu konkurrenzlos. – Berlin verfüge über 17 Bundesstützpunkte und 29 Landesleistungszentren. – Eine Kanu- und eine Ruderregattastrecke gebe es nicht in der Stadt. Dafür stünden den Sportlerinnen und Sportlern, genau wie beim Reit- und Golfsport, die Sportstätten des benachbarten Landes Brandenburg offen.

Bei den Sportanlagen für den Breitensport stehe Berlin grundsätzlich rein quantitativ nicht schlecht da. Allerdings sehe die Situation in den einzelnen Bezirken unterschiedlich aus. Das jährlich mit 9 Mio. Euro ausgestattete Sportanlagenanierungsprogramm sowie weitere 9 Mio. Euro aus dem Schulsportanlagenanierungsprogramm reichten jedoch bei weitem nicht aus, die avisierte Qualität zu erreichen.

Für die Hallenbäder und Schwimmanlagen sei ein Sonderprogramm aufgesetzt worden. In Berlin gebe es eine Dreiteilung in Hallenbäder, Sommerbäder und Freibäder. Ein Sommerbad weise – im Gegensatz zu den Freibädern z. B. an der Havel – Wasserumwälzung und Wasserbewirtschaftung auf. Die häufig in sozialen Brennpunkten befindlichen Sommerbäder würden weiter von den Berliner Bäder-Betrieben bewirtschaftet werden. Die Freibäder befänden sich alle in der Verpachtung. Erklärtes Ziel sei es, die vorhandenen 37 Hallenbäder weiter als Hallenbäder zu betreiben. Dazu sei vor zwei Jahren ein Sanierungsprogramm in Höhe von 50 Mio. aufgestellt worden, das mittlerweile um 12,5 Mio. Euro und aus dem Konjunkturpaket II um zusätzliche 6 Mio. Euro erweitert worden sei. Damit stünden bis zum Jahr 2012 insgesamt 68,5 Mio. Euro zusätzlich für die Sanierung der Hallen- und Sommerbäder zur Verfügung. Damit werde der in den letzten Jahren zustande gekommene Sanierungsstau aufgelöst werden können. Ab 2010 würden die Zuschüsse an die Bäder-Betriebe um 5 Mio. Euro erhöht. Damit werde das Land in die Lage versetzt, den laufenden Instandhaltungsbedarf decken zu können. Das sei eine befriedigende Perspektive, da gerade das Schwimmen – auch für Senioren – ein hervorragend geeigneter Freizeitsport sei.

Bedauerlicherweise gebe es in Berlin noch immer eine teilweise ineffektive Sportstättennutzung. So gebe es z. B. rund 100 Leichtathletikrundbahnen zum Laufen, davon zwei Drittel mit Kunststoffbelag. Diese Quantität werde von den Berliner Läuferinnen und Läufer nicht benötigt. Die Konsequenz daraus müsse eine andere Haltung gegenüber den Wünschen der Bezirke sein.

Ähnliches gelte für die Hallennutzung. Auf dem Papier seien sie durchgehend und dauernd belegt. Zwar gebe es in jedem Bezirk Kommissionen, die in Zusammenarbeit mit dem Sportamt des Bezirks die Hallenbelegungen festlegten, doch müsse künftig stärker auf eine effektivere Nutzung geachtet werden. Das System der entgeltfreien Nutzung werde allerdings deshalb nicht geändert werden. Sie sei eine Berliner Spezialität und einmalig. Hamburg z. B. gebe wesentlich höhere Mittel für die Förderung des Sports aus. Allerdings zahlten die Vereine die erhaltenen Mittel auch wieder zurück.

**Mieke Senftleben** (FDP) bezieht sich auf das Hamburger Modell und ist der Auffassung, dass dadurch möglicherweise auch eine größere Effizienz bei der Hallenbelegung erfolge. Damit solle keinesfalls gesagt werden, dass die FDP von der entgeltfreien Nutzung abrücken wolle. – Wofür würden die Mittel aus dem Konjunkturpaket II verwandt? Flössen sie vorwiegend in die energetische Erneuerung?

**Senator Dr. Ehrhart Körting** (SenInnSport) erläutert, dass in der Vorlage, die dem Abgeordnetenhaus zur Beratung im Hauptausschuss zugehe, ein Betrag für Schulen – Schulsportanlagen – eingesetzt worden sei. Das sei jedoch eine Grobplanung. Wie viele Schulturnhallen von dem Gesamtpaket erfasst würden, könne noch nicht gesagt werden. – Im Hochschulbereich seien weitere, den Sport nicht betreffende Mittel vorgesehen. – Für die Hallenbäder seien die bereits erwähnten 6 Mio. Euro eingetragen. Das sich in einem desolaten Zustand befindende Funktionsgebäude im Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark sei in dem Teil des Konjunkturpakets „Energetische Sanierung und Modernisierung von öffentlichen Bauten“ enthalten. Weitere spezifische Sportmaßnahmen seien in dem Konjunkturpaket II nicht enthalten.

**Minister Holger Rupprecht** (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) stellt klar, dass das Land Brandenburg nicht den größten Teil der Mittel aus dem Konjunkturpaket II für den Leistungssport einstelle. Vielmehr sollten mit etwa 18 Mio. Euro herausragende, überregionale Sportstätten gefördert werden, z. B. die Kanu- und Ruderstrecke. Das sei Bestandteil der Bewerbung für die WM 2013 im Rudern.

Den größeren Teil der Mittel in Höhe von etwa 30,5 Mio. Euro, der aus der Bildungsinfrastruktursumme stamme, sei für Schulsportobjekte eingestellt worden, die hauptsächlich von den Schülerinnen und Schülern der Eliteschulen des Sports genutzt würden. Sie befänden sich an den Olympiastützpunkten in Potsdam, Frankfurt und Cottbus.



Eine zentrale Steuerung erfolge nicht. Für die Kommunen und Kreise gebe es durchaus die Möglichkeit, aus den pauschal durchgereichten Mitteln z. B. auch etwas für den Bereich Schulsport zu investieren, Schulsportshallen energetisch zu sanieren. Die kommunalen Spitzenverbände hätten sich mit ihrem Wunsch durchgesetzt, dass Deckungsgleichheit bestehe, sodass ein hohes Maß an Selbständigkeit bestehe.

**Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki** sieht keine weiteren Wortmeldungen und erklärt den Besprechungspunkt für erledigt.

#### **Punkt 4 der Tagesordnung**

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Sport-Eliteschulen in Berlin und Brandenburg**  
**Welche Erfahrungen gibt es bezüglich einer**  
**Zusammenarbeit in beiden Ländern?**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

[0028](#)

**Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki** stellt fest, dass eine Begründung nicht gewünscht sei.

**Minister Holger Rupprecht** (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) vertritt die Auffassung, dass das Thema Zusammenarbeit der Eliteschulen hauptsächlich den Landessportbünden obliege. Bei ihnen handele es sich um Verbundsysteme zwischen Leistungssport und Schule. In Brandenburg habe sich eine gute Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Landessportbund entwickelt. Die Eliteschulen des Sports seien sehr gut aufgestellt, was ihre Leistungen in den verschiedensten Sportarten widerspiegeln. So sei die Eliteschule in Potsdam gerade als erfolgreichste Eliteschule des Sports in Deutschland ausgezeichnet worden.

Bekanntermaßen sei der ehemals dreigeteilte Olympiastützpunkt Brandenburg jetzt zusammengeführt worden, was zu einer Bündelung der Kräfte geführt habe.

**Tom Stryck** (SenBildWiss) weist darauf hin, dass in Berlin der Konzentrationsprozess ebenfalls laufe. Die drei Standorte: Werner-Seelenbinder-Schule; Coubertin-Gymnasium und Flatow-Oberschule würden zu einer großen Eliteschule konzentriert. Daneben gebe es noch die Poelchau-Oberschule, die 2008 zur Eliteschule des Fußballs geworden sei. – Stärkere Absprachen und eine intensivere Kooperation zwischen den Ländern seien vorstellbar. Zwischen den Eliteschulen sei im Augenblick eher eine Konkurrenz- denn eine Kooperationssituation zu konstatieren.

Künftig vorstellbar seien die Erarbeitung von gemeinsamen Unterrichtsmaterialien für die spezifischen Sportarten, die Durchführung von Trainingslagern in stärkerem Maß oder gemeinsame Fortbildungsangebote. Ein abgestimmtes Konzept zur Talentsichtung und -förderung vonseiten der beiden Landessportbünde könne ebenfalls realisiert werden.

**Hans-Dietrich Fiebig** (Präsident des Landessportbundes Brandenburg) konstatiert, dass Berlin wie Brandenburg in der gesamten Nachwuchsentwicklung gut aufgestellt seien. Die Zugangsbedingungen für die Eliteschulen des Sports erfolgten auf der Grundlage von Kriterien, für die die Verbände zuständig seien. Die Einführung der Lehrertrainer erlaube eine schwerpunktmäßige Förderung. Grundsätzlich gelte, dass die Landessportbünde miteinander arbeiteten und voneinander lernten. – Die Zusammenarbeit beider Länder könne im Sinn einer Ergänzung auch in den Bereichen sinnvoll sein, in denen sie sich voneinander unterschieden. So gebe es durchaus Sportarten, die nur in dem einen oder dem anderen Land praktiziert würden. Die zweifellos vorhandenen Unterschiede sollten intern debattiert werden, um sie ggf. beseitigen zu können.

**Dr. Gabriele Hiller** (Linksfraktion) unterstreicht, dass eine Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen die beiden Länder nicht in Konkurrenz zueinander stünden, kein Problem sei. Schwieriger sei es bei den Sportarten, die in beiden Ländern angeboten würden. – Wäre eine Zusammenarbeit der Region im Wassersport nicht eine in vieler Hinsicht günstigere Basis für den Erfolg? – Die Internatsplätze seien in Berlin mit 400 Euro teurer als die in Brandenburg. Wer übernehme die Kosten für Brandenburger Schülerinnen und Schüler,

wenn sie in Berliner Eliteschulen wechselten? Welche Platzkosten fielen in Brandenburg an? Wie könnten Verbände stärker in die Pflicht genommen werden, um Kosten zu übernehmen oder eventuell Sponsoren eingebunden werden?

**Vorsitzender Ingo Senftleben** erinnert daran, dass Ministerium und Senat von der „Bildungsregion Berlin-Brandenburg“ sprächen. Das Thema Eliteschulen gehöre dazu. – Anknüpfend an die Ausführungen von **Tom Stryck** (SenBildWiss) stelle sich die Frage, ob die genannten Wünsche und Vorstellungen auch von Brandenburger Seite aus geteilt würden. Welche konkreten Schritte seien für eine optimierte Zusammenarbeit sinnvoll?

**Karl-Hans Pezold** (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) bezieht sich auf die Abstimmung der beiden Länder hinsichtlich der geförderten Sportarten. Das sei eine Entscheidung des jeweiligen organisierten Sports sei. Das Land, in dem der DOSB und der Landessportbund einen Bundesstützpunkt unterhielten könne mit dem jeweils anderen kooperieren. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass die Zugangsbedingungen identisch seien. Segeln sei z. B. in Brandenburg keine geförderte Sportart, könne ohne Probleme in die Berliner Förderstruktur integriert werden. Das entspreche auch dem Konzept des LSB Brandenburg. – Andererseits gebe es z. B. im Boxen die Situation, dass das Land Brandenburg keinen Bundesstützpunkt mehr in Berlin, sondern in Frankfurt/Oder habe. Auch in diesem Fall sei, wenn es gewünscht werde, eine Integration möglich. Da die beiden Landessportbünde gut zusammenarbeiteten, sei von einer pragmatischen Lösung auszugehen.

Bezogen auf die Internatsgebühren werde in Brandenburg wie folgt verfahren: In den bundesweiten Schwerpunktsportarten würden die Schülerinnen und Schüler aus allen Ländern zu den gleichen Konditionen in die Wohnheimstrukturen aufgenommen.

**Tom Stryck** (SenBildWiss) unterstreicht, dass es sich keinesfalls um eine Liste von Wünschen gehandelt habe, sondern lediglich um eine „Denkliste“ für mögliche Kooperationen. – Die einzelnen Sportverbände hätten in unterschiedlicher Weise gute Kontakte. Die Schulen würden ebenfalls zusammenarbeiten. Für die Zukunft sei eine eventuelle Reduzierung vorhandener Doppelangebote vorstellbar und erforderlich, und zwar allein schon aus finanziellen Gründen. – Problematisiert werden müsse, ob es in zehn Jahren überhaupt noch eine hinreichend große Anzahl leistungssportlich geeigneter Schülerinnen und Schülern geben werde. Diese Frage stelle sich in allen Bundesländern. In der Kooperation beider Länder liege vielleicht eine Chance, die Qualität in bestimmten Sportarten steigern zu können. Das gelte es schon heute anzubahnen.

**Senator Dr. Ehrhart Körting** (SenInnSport) lenkt ebenfalls die Aufmerksamkeit darauf, dass jetzt oder in naher Zukunft die Situation eintreten könne, dass es einen Mangel an geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten geben könne. Ein bundesweiter Wettbewerb, die geeigneten Sportlerinnen und Sportler im eigenen Land zu behalten, werde dann einsetzen. Das werde vor allem für Mannschaftssportarten gelten. Die beiden relativ kleinen Bundesländer Brandenburg und Berlin müssten aus gemeinsamem Interesse, bestimmte Sportarten in der Region zu behalten, zusammen agieren und werben.

**Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki** sieht keine weiteren Wortmeldungen und erklärt die Besprechung für erledigt.

### **Punkt 5 der Tagesordnung**

Besprechung über  
**Situation des Sportunterrichts an Schulen**

**Vorsitzender Ingo Senftleben** hebt die Bedeutung des Schulsports als Bereicherung des schulischen Alltags hervor. Zwischen den Ländern existierten Parallelen ebenso wie Unterschiede. **Senator Dr. Ehrhart Körting** (SenInnSport) und **Minister Holger Rupprecht** (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) sollten das darstellen.

**Minister Holger Rupprecht** (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) berichtet, dass selbst für ihn als ehemaligem Sportlehrer eine pauschale Qualitätseinschätzung des Sportunterrichts schwierig sei. Auszugehen sei in jedem Fall davon, dass bereits die Altersstruktur des Personals problematisch sei. Bei den Grundschullehrerinnen – in der Grundschule unterrichteten fast nur Frauen im Sport – müsse konstatiert werden, dass die Mehrheit von ihnen im Durchschnitt die fünfzig Jahre überschritten hätte.

Die Rahmenlehrpläne könnten auf einem hohen inhaltlichen Niveau gehalten werden. Sie seien an die aktuellen Bedingungen und die in den letzten Jahrzehnten veränderten Zielstellungen des Sportunterrichts angepasst worden. An den drei Stunden Sport pro Woche werde konsequent festgehalten, es bestehe eher die Tendenz, um eine weitere Stunde zu erhöhen. Das Ziel werde angesichts der gravierenden Bewegungsdefizite bei den Schülerinnen und Schülern verfolgt. Die materiellen Rahmenbedingungen hätten sich verbessert, obwohl sie noch keinen Grund zur Zufriedenheit gäben.

Sportlehrerinnen und -lehrer, die zum sportlichen Engagement über den Schulunterricht hinaus bereit wären, würden benötigt. Ohne sie sei eine Kooperation Schule/Verein nicht realisierbar. Leider gehe jedoch die Bereitschaft als Übungsleiter zu arbeiten, aus verschiedensten Gründen zurück. Sicher spiele dabei das erwähnte Durchschnittsalter eine Rolle.

**Tom Stryck** (SenBildWiss) bilanziert, dass vieles von dem soeben für Brandenburg Dargestellten identisch mit der Berliner Situation sei. Auch Berlin verfüge über keine aktuellen repräsentativen Daten. Künftig würden die Institutionen jedoch nicht mehr ohne Evaluation auskommen. – Die Rahmenpläne in Berlin seien nicht nur auf Sportarten, sondern auf Kompetenzen der Bewegung, Bewegungsfelder des Spieles und des Sports ausgerichtet.

In Berlin gebe es in den 12 Bezirken 31 sportbetonte Grundschulen mit rund 4 000 Schülerinnen und Schülern, die zusätzliche Mittel erhielten. Manche Schulen hätten die tägliche Sportstunde realisiert, andere bildeten Mikrokooperationen mit Vereinen – Sport AG's. In den Oberschulen gebe es rund 10 000 Schülerinnen und Schüler, die ein zusätzliches Sportangebot erhielten. Am fakultativen Unterricht, dem Sport in Arbeitsgemeinschaften, nähmen schätzungsweise 20 000 Schülerinnen und Schüler teil.

2010 bzw. 2011 werde Berlin – ähnlich wie Brandenburg und in enger Anlehnung an dessen Erfahrungen – den motorischen Leistungstest anbieten. Das solle in enger Kooperation von Schulen und Vereinen stattfinden. Voraussetzung sei die Zuweisung entsprechender Mittel.

**Karin Seidel-Kalmutzki** (SPD) begrüßt angesichts der großen motorischen Mängel bei Schulkindern, dass sowohl Brandenburg wie Berlin drei Stunden Sportunterricht hätten. Daran müsse festgehalten werden. Sportunterricht dürfe nicht als Verhandlungsmasse im Fall von Erkrankungen oder anders bedingtem Lehrerausfall benutzt werden.

Wie werde in Brandenburg der Schwimmunterricht organisiert? In Berlin werde zurzeit überlegt, ob der Unterricht immer von Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt werden müsse oder in der Schwimmhalle qualifiziertes Personal eingesetzt werden könne.

**Dr. Gabriele Hiller** (Linksfraktion) stimmt zu, dass in der Gesamtsicht der körperlich-sportliche Entwicklungszustand der Kinder kritisch zu betrachten sei. Die Koalitionsfraktionen kündigten schon jetzt an, dass sie einen Schulsportbericht, in dem aufnehmbare Entwicklungen bei der Gestaltung des Sportunterrichts aufgezeigt würden, fordern würden.

Die Sportministerkonferenz habe beschlossen, dass die Fächer Sport, Musik und Darstellende Kunst nach Entscheidungen der Schulen durchaus im Block unterrichtet werden könnten. Aus Sicht des Sports sei das eine absurde Entscheidung. Wie habe sich das Land Brandenburg bei der Abstimmung verhalten?

**Mieke Senftleben** (FDP) ist der Auffassung, dass gerade bei den an der Grundschule tätigen Sportlehrerinnen und -lehrern eine große Zahl nicht sportfachlich ausgebildeter Lehrer zu finden sei. – Könne der Bericht durch eine eventuell effektivere Schulinspektion ersetzt werden? – Nicht nachzuvollziehen sei, dass es trotz

Ganztagsschulen, bei denen die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Vereinen existiere, Bewegungsarmut gebe. Warum werde noch immer nicht in ausreichendem Maß mit Sportvereinen kooperiert? Könne ein entsprechendes, den Schulen zur Verfügung gestelltes Budget dem abhelfen?

Aus eigener Erfahrung – Rednerin – müsse festgestellt werden, dass Fachleute, die sich täglich mit dem Erlernen des Schwimmens befassten, optimaler arbeiteten als Sportlehrerinnen und -lehrer. Qualifizierter Schwimmunterricht durch Trainerinnen und Trainer sei angesichts der Tatsache, dass im Jahr 2006/07 im Bezirk Mitte nach dem Ende der dritten Klasse rund 22 Prozent der Kinder Nichtschwimmer seien, sinnvoller. Dass in Tempelhof der Prozentsatz 5,4 betrage, beweise, dass das vorhandene System fehlerhaft sei. – Das Thema Schwimmunterricht müsse noch einmal neu überdacht werden.

**Minister Holger Rupprecht** (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) antwortet, dass er sich an eine Abstimmung, dass Sport im Block unterrichtet werden solle, nicht erinnern könne. [**Senator Dr. Ehrhart Körting** (SenInnSport): Es war die Kultusministerkonferenz!]

Mit dem erfolgreichen Ausbau von Ganztagsschulen bestehe die Chance, dem Phänomen der Bewegungsarmut außerhalb des Sportunterrichts aktiv entgegenzutreten zu können. Bei den ihm – Redner – bekannten Ganztagsschulen gehörten Sportvereine immer mit zu den externen Kooperationspartnern. Im ländlichen Raum könne das das Folgeproblem haben, dass die Kinder das Angebot in der Schule, aber nicht mehr in ihrem kleinen Dorfverein annähmen. Vor diesem Hintergrund müsse darüber diskutiert werden, ob Vereinsangebote nicht auch als Ganztagsangebote anerkannt werden könnten.

**Karl-Hans Pezold** (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) bezieht sich auf den Themenkomplex Schwimmunterricht und führt aus, dass er im Land Brandenburg in der Regel bis zum Ende der Jahrgangsstufe 4 dazu führen solle, dass die Schülerinnen und Schüler sicher und ausdauernd schnell in einer Technik schwimmen und in der Lage sein sollten, in einer Grobform 25 Meter in einer weiteren Stilart zu schwimmen. Weiterhin sollten sie verschiedene Varianten des Gleitens, Tauchens und Springens beherrschen.

Bei der Qualifikation der Lehrkräfte sei das Rettungsschwimmerabzeichen in Bronze und eine Ausbildung in der Methodik des Schwimmunterrichts erforderlich. Nach vier Jahren seien die Prüfungen zu wiederholen. In der Sekundarstufe 1, in den Jahrgangsstufen sieben bis zehn Jahren müsse in einem Umfang von wenigstens 15 Unterrichtsstunden Schwimmen unterrichtet werden. Das solle eine Vertiefung der Schwimmfähigkeiten zur Folge haben. Dass die Realisierung durchaus mit organisatorischen Problemen zu kämpfen habe, sei bekannt. In der Grundschule bestehe deshalb die Möglichkeit, den Schwimmunterricht in die Jahrgangsstufe 5 oder 6 zu verlagern.

**Tom Stryck** (SenBildWiss) hebt hervor, dass es in der Berliner Schule mehr Grundschullehrerstunden und ausgebildete Fachkräfte gebe, als Sportunterricht gegeben werden müsse. Es handele sich um eine Frage der spezifischen Organisation. Der Schwimmunterricht sei eines der Fächer, die fachgerecht und nicht fachfremd folgten.

Wenig Anlass zu Optimismus gebe – in Brandenburg wie in Berlin –, dass Sportvereine in der Lage sein könnten, ab 14.00 oder 15.00 Uhr Angebote in der Ganztagsschule zu machen. Das schafften vielleicht große Vereine, die eine tragende Übungsleiterstruktur aufwiesen, aber nicht die kleineren Sportvereine, die vor allem mit Ehrenamtlichen arbeiteten. Das werde künftig zu einem Problem werden und erfordere intelligente Lösungen.

Bei der debattierten Abstimmung sei es um eine Ausbildungsordnung, nicht um das praktische Unterrichten gegangen.

**Dr. Thomas Poller** (SenBildWiss) weist im Zusammenhang mit dem Schwimmsport darauf hin, dass unter der Ägide von Senator Böger ein gemeinsames Konzept in einer AG mit dem Schwimm-Verband und den Berliner Bäder-Betrieben entwickelt worden sei. Der Landessportbund Berlin habe ihm jedoch nicht zugestimmt. Mittlerweile gebe es in Hamburg und Bremen andere, funktionierende Modelle. Beim Bremer Modell komme bei den Bäder-Betrieben alles aus einer Hand, in Hamburg werde der Unterricht in einem Ko-

operationsmodell durchgeführt. Zurzeit würden in einer AG unter Beteiligung von SenInnSport, SenBildWiss und den Bäder-Betrieben die Erfahrungen ausgewertet. Unstrittig sei, dass die Hilfe eines externen Partners vonnöten sei. Dabei seien sowohl der Schwimm-Verband als auch die Berliner Bäder-Betriebe gefordert. Da die finanziellen Mittel für den Transport der rund 30 000 Schülerinnen und Schüler noch bei den Bezirken lägen, müssten auch sie einbezogen werden. – Zum Ende des Schuljahres werde ein Zwischenbericht vorgelegt.

**Carola Hartfelder** (CDU) plädiert nach 15 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag von Brandenburg gewissermaßen als Zielvorgabe für ihre verbleibenden Kolleginnen und Kollegen für einen fachgerechten Sportunterricht. – Grundsätzlich komme der Staat nicht ohne die elterliche Erziehung aus. Er werde auch die Gesundheit der Kinder nicht herstellen können, wenn die Eltern nicht mitzögen. Deshalb müsse der Fokus stets auf der Familie und den Eltern liegen.

Als Mitglied der Landesschulsportkonferenz von Brandenburg lege sie – Rednerin – Wert auf die Feststellung, dass für die nächsten Jahre folgende Punkte im Zentrum des Interesses stehen sollten: Die Sportlehrerausbildung müsse vor allem von der Quantität, nicht so sehr von der Qualität her – da gebe es in Potsdam bereits eine sehr gute Ausbildung – verbessert werden.

Der Sportunterricht in den Grundschulen dürfe vor dem Hintergrund der guten Bewegungslernfähigkeit von Kindern bis zum 10./12. Lebensjahrzehnt nicht aus den Augen verloren werden. Angesichts der Erkenntnis, dass die wichtigen Felder Bewegungsvielfalt, Bewegungserfahrungen, -fähigkeiten und -fertigkeiten in diesen Jahrgangsstufen entwickelt würden und prägend seien, müssten die besten Fachkräfte diese Jahrgänge unterrichten. Doch bedauerlicherweise gebe es immer weniger ausgebildete Sportlehrerinnen und -lehrer an den Grundschulen, weil noch immer ein großer Teil der in der DDR ausgebildeten Fachkräfte unterrichte. Außerdem würden an der Grundschule zu viele Vertretungsstunden im Sport durch fachfremde Lehrer erteilt.

Im Sport gebe es bekanntermaßen gemeinsame Rahmenpläne mit Berlin. Sie entsprächen nicht den Erfordernissen der Grundschule und gäben einem Nichtsportlehrer keine Anleitung für einen guten Sportunterricht. Wenn zu einem Rahmenlehrplan Sport/Grundschule Handreichungen erforderlich seien, um in der Praxis einen ordentlichen Sportunterricht realisieren zu können, dann sei daran etwas falsch.

**Vorsitzende Karin Seidel-Kalmutzki** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und erklärt die Besprechung für erledigt.

### **Punkt 6 der Tagesordnung**

Verschiedenes

**Senator Dr. Ehrhart Körting** (SenInnSport) weist darauf hin, dass eine Kurzfassung der Sportstudie verteilt bzw. ausgelegt worden sei.